



# HESSISCHER LANDTAG

23. 09. 2025

Plenum

## Antrag

### Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

#### Hessen-Groko lässt Pendlerinnen und Pendler, ÖPNV-Unternehmen und hessische Wirtschaft im Stich

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass der ÖPNV in Hessen nicht mehr funktioniert wie er sollte und Pendlerinnen und Pendler täglich auf harte Proben gestellt werden: Züge fahren gar nicht, sind verspätet oder so voll, dass nicht alle Fahrgäste mitgenommen werden können. Bahnhöfe sind verdreckt und laden nicht zum Verweilen ein. Und auch die Fahrgastansagen und -informationen entsprechen oft nicht dem aktuellen Stand.
2. Der Landtag erkennt an, dass der ÖPNV aktuell mit dem Ausbau und der Sanierung eines jahrzehntelang vernachlässigten Schienennetzes, mit Fachkräftemangel und Preissteigerungen zu kämpfen hat. Problematisch für die ÖPNV-Pendlerinnen und Pendler in Hessen ist jedoch, dass die Landesregierung, und speziell Verkehrsminister Kaweh Mansoori, weder Interesse noch Initiative zeigen, um die Situation zu verbessern und keinerlei Anstrengungen unternehmen, um das Angebot zu stabilisieren und damit für echte Wahlfreiheit zu sorgen. Das Ziel muss sein, mehr ÖPNV zu ermöglichen und nicht weniger.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene aktiv für eine Erhöhung sowie eine Reform der Vergabe der Regionalisierungsmittel für den ÖPNV mit dem Ziel einer Mittelsteigerung für Hessen einzusetzen.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Landesmittel für den ÖPNV zu steigern und auch auf eine auskömmliche Finanzierung der lokalen Aufgabenträger hinzuwirken. Preissteigerungen treffen Bus und Bahn gleichermaßen und müssen dringend ausgeglichen werden, um weitere Abbestellungen zu verhindern. Auch werden auf den gerade im Bau befindlichen Strecken ansonsten keine zusätzlichen Verkehre fahren können. Derzeit ist kein Engagement der Landesregierung zu erkennen, den ÖPNV-Ausbau in Hessen weiter fortzusetzen.
5. Der Landtag kritisiert die jüngste Nullrunde in der Finanzierungsvereinbarung der Verkehrsverbünde als unzureichend. Die angebotenen ÖPNV-Kilometer der Verkehrsverbünde werden durch allgemeine Preissteigerungen immer teurer. Steigende Preise und gleichbleibende Mittel bedeuten Angebotskürzungen. Fahrermangel, Baustellen und nicht besetzte Stellwerke stützen derzeit das ÖPNV-System in Hessen, denn ohne die Strafzahlungen der Eisenbahnunternehmen für Schlechtleistungen wäre der laufende Betrieb der Verkehrsverbünde nicht mehr finanzierbar. Das ist nicht hinnehmbar. Die Menschen haben eine Landesregierung verdient, die ihre Sorgen ernst nimmt und für einen reibungslosen ÖPNV sorgt. Und die Wirtschaft hat eine Landesregierung verdient, die dafür sorgt, dass ihre Mitarbeitenden pünktlich zur Arbeit kommen können, weil Busse und Bahnen fahren und das ÖPNV-System in Hessen einfach funktioniert.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich endlich auf eine gemeinsame Linie zum Deutschlandticket zu einigen, die Fortführung des Tickets voll zu unterstützen und sich dabei auch mit Landesgeld an etwaigen Preissteigerungen zu beteiligen. Dabei stehen die Verlässlichkeit des Tickets in der Zukunft und ein attraktiver Preis für die Endkunden im Vordergrund. Es dürfen nicht die Pendlerinnen und Pendler sein, die alle Preissteigerungen im Alleingang schultern. Vielmehr sollten sich Bund und Länder über einen dauerhaften gemeinsamen Finanzierungsmodus einigen, der in die Zukunft trägt. Das hessische Sozialticket muss nach den jüngsten Preiserhöhungen so ausgestaltet werden, dass die Leistung vom im Bürgergeld enthaltenen Mobilitätsbudget zu bezahlen ist, um Mobilitätsarmut vorzubeugen und jedem Menschen in Hessen den Kauf eines Deutschlandtickets zu ermöglichen.

7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, bürokratische Hürden für den Erwerb des Sozialtickets in Hessen auf allen Ebenen abzubauen und Antragsberechtigte in geeigneter Form über die Möglichkeiten des Ticketbezugs zu informieren.
8. Der Landtag stellt fest, dass Reaktivierungen von Bahnstrecken eine gute Möglichkeit sind, abgehängte Regionen wieder an das ÖPNV Netz anzuschließen. Nach zehn Jahren Reaktivierung der Kurhessenbahn zwischen Frankenberg und Korbach, die eine Erfolgsgeschichte ist, müssen wir daran arbeiten, weitere wichtige Regionalstrecken wieder für den SPNV nutzbar zu machen.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, einen jährlichen ÖPNV- und Bahngipfel einzuberufen, wie es im Koalitionsvertrag versprochen wurde. Zwei Jahre sind vergangen, ohne dass der Gipfel einberufen wurde und das angesichts einer desaströsen Situation für die Pendlerinnen und Pendler in Hessen. Das System Busse und Bahnen in Hessen gerät zunehmend unter Druck, während die Landesregierung und der Verkehrsminister regungslos zuschauen. Die Pendlerinnen und Pendler in Hessen erwarten aber zurecht eine handlungsfähige Landesregierung, die sich für ihre Belange einsetzt.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 23. September 2025

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Mathias Wagner (Taunus)**